



Den demografischen **Wandel** gestalten

Demografie in Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
DER DEMOGRAFIEBEAUFTRAGTE DES LANDES

Herausgegeben durch den Demografiebeauftragten des Landes Baden-Württemberg



Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Demografiebeauftragten des Landes Baden-Württemberg, Thaddäus Kunzmann	4
Grußwort von Ingeborg Germann vom KDA	6
Grußwort von Prof. Uwe Bähr, Vorsitzender des Landesseniorenrates	8
I. Baden-Württemberg demografisch	10
II. Demografische Ideen und Projekte	16
III. Wohnen in Baden-Württemberg	26
1. Runder Tisch „Wohnen für das Alter“	27
2. Handlungsempfehlungen	30
IV. Ethik und Demografie	38
V. Schluss	43
Literatur	48
Bildnachweis	50



Demografiebeauftragter des
Landes Baden-Württemberg

Thaddäus Kunzmann

„Das Vergangene
mit der Zukunft
verbinden“

Liebe Leserinnen und Leser,

der demografische Wandel wirkt sich auf alle Bereiche unseres Lebens aus: Bevölkerungsstruktur, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Renten- und Gesundheitssystem, Prävention, Pflegedienste, Wohnbau, Nahversorgung und Mobilität. Alle sind davon direkt betroffen. Häufig ist der demografische Wandel negativ besetzt. Dass er sich auch beeinflussen und gestalten lässt, wird außer Acht gelassen. Dabei hängt vieles davon ab, wie wir den Herausforderungen begegnen und mit ihnen umgehen werden. Schließlich sind wir nicht nur Beobachtende, sondern auch Mitwirkende.

Denken wir nur an die Ereignisse der Coronavirus-Pandemie. Diese Pandemie hat unser Leben radikal verändert: Blitzschnell kappte sie globale Lieferketten und brachte das öffentliche, wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Leben weltweit zum Erliegen. Innerhalb von Tagen wurden die seit Jahrzehnten allmählich aufgebauten und schrittweise etablierten wirtschaftlichen Verknüpfungen außer Kraft gesetzt.

Und doch ist es uns – bei allen Einschränkungen – mit gezielten Maßnahmen gelungen, unser Leben umzuorganisieren und mit der Pandemie zu leben.

Auch die demografischen Herausforderungen lassen sich mit gezieltem und durchdachtem Handeln steuern und leiten. Dafür sind allerdings entsprechende Ideen und deren Umsetzung mit gezielten Maßnahmen nötig.

Diese Broschüre befasst sich mit den Ideen, die in den Sitzungen des Demografiebeirats Baden-Württemberg diskutiert und am Runden Tisch „Wohnen für das Alter“ eingebracht wurden. Diese umfassen eine breite Palette von Handlungsfeldern: barrierefreies Wohnen und Quartiersentwicklung, Einsamkeit, Pflege und Gesundheit. Alles mit dem Ziel, optimale Lösungsansätze zu finden.

Dennoch ist mir bewusst, dass diese Broschüre nur einen geringen Teil der demografischen Herausforderungen beleuchten bzw. viele Themen nur anreißen kann. So wurde in diesem Rahmen nur am Rande auf die Digitalisierung und die Mobilität eingegangen. Gerade die Bedeutung der Digitalisierung wurde uns mit Ausbruch der Pandemie

unmissverständlich und mit unglaublicher Intensität vor Augen geführt. Eine bis dahin ungeahnt große Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Ebenen wurde von heute auf morgen ins Homeoffice geschickt. Mit bis dato nicht für möglich gehaltener Wucht wurde uns gezeigt, wie wertvoll und wichtig es ist, die digitale Infrastruktur zu stärken, um ein Mindestmaß an „normalem“ Arbeiten zu ermöglichen, ohne die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über Gebühr zu gefährden.

Ich hoffe, liebe Leserinnen und Leser, dass diese Broschüre uns alle nicht nur zum Nachdenken veranlassen, sondern auch zum Handeln anregen wird. Unser Ziel ist es, die Probleme erfolgreich zu bewältigen und dadurch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken.



Thaddäus Kunzmann



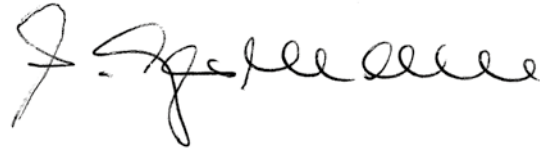
Ingeborg Germann ist Sozialwissenschaftlerin und leitet beim Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-Lübke-Stiftung e. V. (KDA) in Berlin die Bereiche Kommunikation, Netzwerk- und Diskursarbeit. Das KDA steht für ein wertschätzendes Zusammenleben von Menschen jeden Alters und eine Gesellschaft des langen und selbstbestimmten Lebens. Das KDA ist unabhängig und neutral und steht unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Liebe Leserinnen und Leser,

ja, der demografische Wandel ist für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit Herausforderungen verbunden. Und es gilt auch, sich immer wieder zu entscheiden, wie wir mit diesen Herausforderungen umgehen. Sehen wir sie als Last und Problemfelder oder sehen wir den demografischen Wandel als Chance für alle Generationen – und damit als eine zukunftsorientierte Perspektive? Diese auf eine gute und gemeinsame Zukunft ausgerichtete Sichtweise und Kultur kennzeichnet die Arbeit des Demografiebeirats Baden-Württemberg. In den Dialogen, die ich 2019 moderieren durfte, wurden Themen des generationengerechten Wohnens, des Umgangs mit Menschen mit Demenz, die Potenziale der Digitalisierung und die Auswirkungen von Einsamkeit und damit verbundener Netzwerklosigkeit auf sehr alte Menschen diskutiert.

Die Vielfalt der im Beirat vertretenen Mitglieder aus sehr unterschiedlichen Bereichen und Professionen ermöglicht eine zugleich praxis- und zielorientierte Diskussionskultur, mit einem breiten Erfahrungswissen und sozialer Fantasie. In jeder Sitzung wurde an Beispielen deutlich, dass Demografie weit mehr ist als Sozialpolitik, und dass das Alter nicht gleichzusetzen ist mit Pflege und Vulnerabilität. Das Alter hat Potenziale, die für die Gesellschaft bedeutend sind. Und das Alter hat genau wie jede andere Lebensphase Pflichten, die angenommen und bewältigt werden müssen. Es geht gleichermaßen um Schutz und um Autonomie, um Selbstbestimmung, Teilhabe und Gerechtigkeit – für Menschen jeden Alters. Dazu gehört – im Sinne einer sorgenden Gemeinschaft – auch die Übernahme von gemeinsamer Verantwortung. Diese gemeinsame Verantwortung wurde in einer Sitzung mit dem Bild eines „erweiterten Familienlebens“ beschrieben: die Öffnung für Menschen, die nicht zur „Kernfamilie“ gehören, aber im gemeinsamen Sozialraum leben und Gemeinschaft wollen, schätzen und brauchen, bis hin zur solidarischen Unterstützung und Begleitung.

Die Corona-Pandemie bestimmt gerade unsere Wirklichkeit – statt mit sozialer Nähe und Begegnungen mit Schutz und Sicherheit. In extremem Maße betrifft dies das Leben von Menschen in Einrichtungen der Pflege. Das Recht auf Entscheidung und Selbstbestimmung wird in seiner ganzen Tragweite deutlich. Eine generationenübergreifende Vernetzung aller relevanten Bereiche und Professionen ist nun mehr denn je gefordert – für ein gemeinsames Planen und am Gemeinwohl orientiertes Handeln.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ingeborg Germann', written in a cursive style.

Ingeborg Germann



Prof. Uwe Bähr

Vorsitzender Landesseniorenrat
Baden-Württemberg e. V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der demografische Wandel – verbunden mit der höheren Lebenserwartung – wirft neue Fragen auf, denn dies bedeutet, dass auch die Ansprüche an adäquaten Wohnraum sowohl quantitativ als auch qualitativ steigen werden. Altersgerechter Wohnraum ermöglicht selbstbestimmtes, aktives Altern. Das Angebot hierzu wird über die traditionellen Wohnformen hinausgehen. Auch wenn Wohnraum als Wirtschaftssubjekt angesehen wird, bleibt die Beachtung der Sozialverpflichtung.

Wohnen in den eigenen vier Wänden oder in einer Mietwohnung ist mit Erinnerungen verbunden. Die vertraute Umgebung vermittelt Sicherheit und Geborgenheit, die gerade im Alter wichtige Aspekte sind. Dadurch wird selbstständiges und selbstbestimmtes Leben möglich. Wohnung bedeutet Heimat, lieb gewonnener Lebensraum. Diesen möchte man im Alter nicht missen.

Zu altersgerechten Lebensbedingungen älterer Menschen gehört barrierefreier bzw. barrierearmer Wohnraum. Er trägt dazu bei, dass für viele Betroffene der Übergang ins Pflegeheim deutlich hinausgezögert und für viele als pflegebedürftig eingestufte Menschen ein Heimaufenthalt sogar vermieden werden kann. Leider ist hier noch ein großer Fehlbestand vorhanden. Verschiedene Wohnformen ermöglichen es, die unterschiedlichsten Bedürfnisse abzudecken, um so den steigenden Anforderungen gerecht zu werden.

Die Handlungsempfehlungen zeigen sehr deutlich, wie Fehlentwicklungen vermieden werden können. Deshalb sind nach Auffassung des Landesseniorenrates die Landespolitik und insbesondere die Kommunen aufgerufen, die Handlungsempfehlungen durch ihre Planungs- und Gestaltungshoheit umzusetzen.



Prof. Uwe Bähr



I. Baden-Württemberg demografisch



Gründung

25. April 1952

Landeshauptstadt

Stuttgart

Einwohnerzahl

11,1 Millionen (2019), von ihnen sind 1,5 Millionen ausländische Mitbürger/-innen und insgesamt ca. 3 Millionen Bürger/-innen haben einen Migrationshintergrund

Bevölkerungsdichte

310 Einwohner pro km²

Regierungsbezirke

Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Tübingen

Größte Städte

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Freiburg i. B., Heidelberg, Ulm, Heilbronn

Bevölkerungsentwicklung

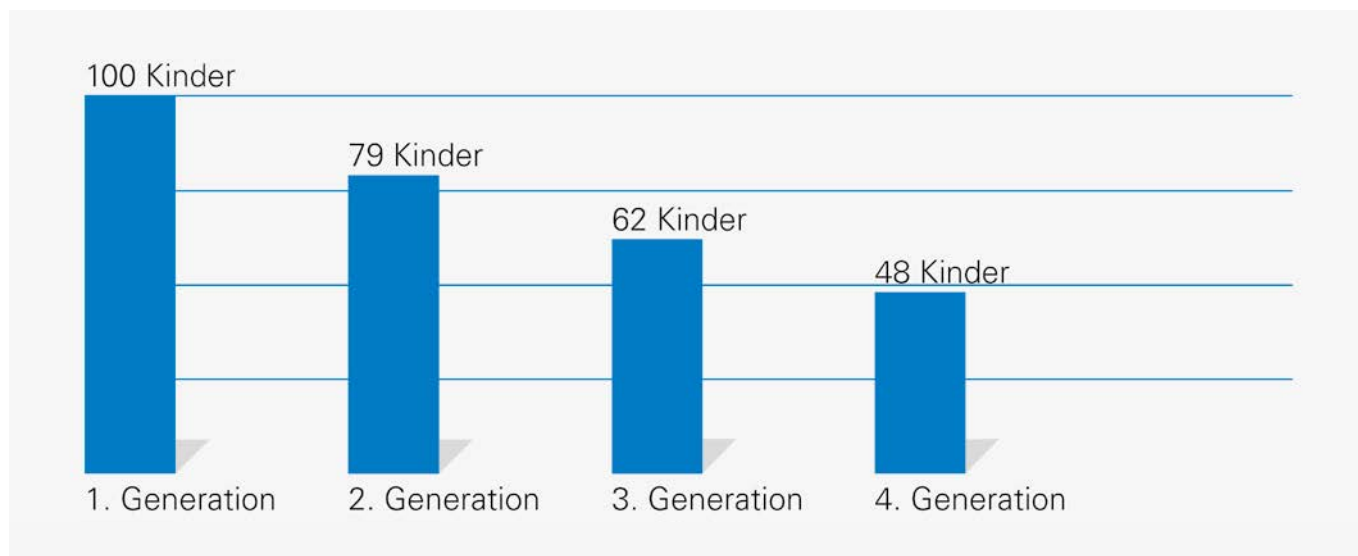
Geburtendefizit

Seit 1971 erlebt Deutschland das sog. „Geburtendefizit“. Mit diesem Begriff bezeichnet man die ungünstige Differenz zwischen Geborenen und Gestorbenen, nach der weniger Menschen geboren werden als sterben. So wurden in Baden-Württemberg im Jahr 2018

109.000 Kinder geboren, während 111.000 Menschen starben. Die Differenz lag damit bei rund 2.000. Das Geburtendefizit lag 2012 bei über 11.000 Menschen. Aber noch 2004 konnten wir einen Geburtenüberschuss von 5.000 Kindern verzeichnen.

Die Geburtenrate lag in Baden-Württemberg 2018 bei 1,58 Kindern pro Frau und damit so

So entwickelt sich die Zahl der Geburten bei einer Geburtenrate von 1,58 in den nächsten Generationen



Quelle: Berechnung des Demografiebeauftragten auf der Basis der vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für 2018 festgestellten Geburtenrate von 1,58 Kindern pro Frau

hoch wie seit 40 Jahren nicht mehr. Noch 1970 lag sie bei 2,1 Kindern. Danach ist die durchschnittliche Kinderzahl innerhalb von wenigen Jahren deutlich zurückgegangen. Bereits 1978 brachte jede Baden-Württembergerin im Schnitt nur noch 1,4 Kinder zur Welt.

Seither schwankt die Geburtenrate um dieses Niveau.¹ Trotz des geringen Geburtenniveaus lag die Zahl der Geburten in Baden-Württemberg bis 2005 über den Sterbefällen. Die Zahl der Kinder pro Frau ist jedoch nur ein demografischer Indikator. Wichtig ist auch die Frage: Wann bekommen die Frauen ihr erstes Kind? Dieses Durchschnittsalter stieg von 2000 bis heute von 29,1 auf jetzt 30,8 Jahre an. Im geburtenstärksten Jahr der Nachkriegszeit, 1964, lag der Wert noch bei 25,1 Jahren.

¹ Alle Zahlen können Sie der Seite des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg www.statistik-bw.de entnehmen. Hier finden Sie zu vielerlei Themen umfangreiche statistische Erhebungen.

Das niedrige Geburtenniveau ist ein Faktor, der zur schnelleren Alterung und langfristigen Schrumpfung der Bevölkerung führt. Seit 2000 leben in Baden-Württemberg mehr über 60-jährige als unter 20-jährige Menschen. 2014 war jeder fünfte Einwohner im Land älter als 65 Jahre. Die größte Altersgruppe waren 2018 die 50- bis 65-Jährigen, also die geburtenstarken Jahrgänge.

Alterung

Bewegung im Alter = Alter in Bewegung

Andererseits ist die Lebenserwartung im Land erstaunlich schnell angestiegen. Während ein 1950 geborener Junge eine durchschnittliche Lebenserwartung von 65 Jahren hatte, dürfen die heute geborenen Jungen auf eine Lebenszeit von über 78 Jahre hoffen. Bei den Frauen hat sich die Lebenserwartung sogar auf über 83 Jahre erhöht. Dabei haben die Baden-Württemberger die höchste Lebenserwartung in Deutschland! Außerdem gehört Baden-Württemberg zu denjenigen Bundesländern, in denen die Bevölkerung zwischen 1990 und 2018 um mehr als 10 Prozent gewachsen ist.

Neben Baden-Württemberg haben nur noch Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein eine ähnliche Entwicklung erlebt. Steigende Bevölkerungszahlen beruhen fast ausschließlich auf Wanderungsgewinnen aus dem In- und Ausland.²

Zuwanderung

Die Zuwanderung hat eine große Rolle in der Geschichte Baden-Württembergs gespielt. Seit Mitte der 1950er-Jahre kamen zunächst „Gastarbeiter“ aus Italien und später aus Jugoslawien, Spanien und der Türkei ins Land.

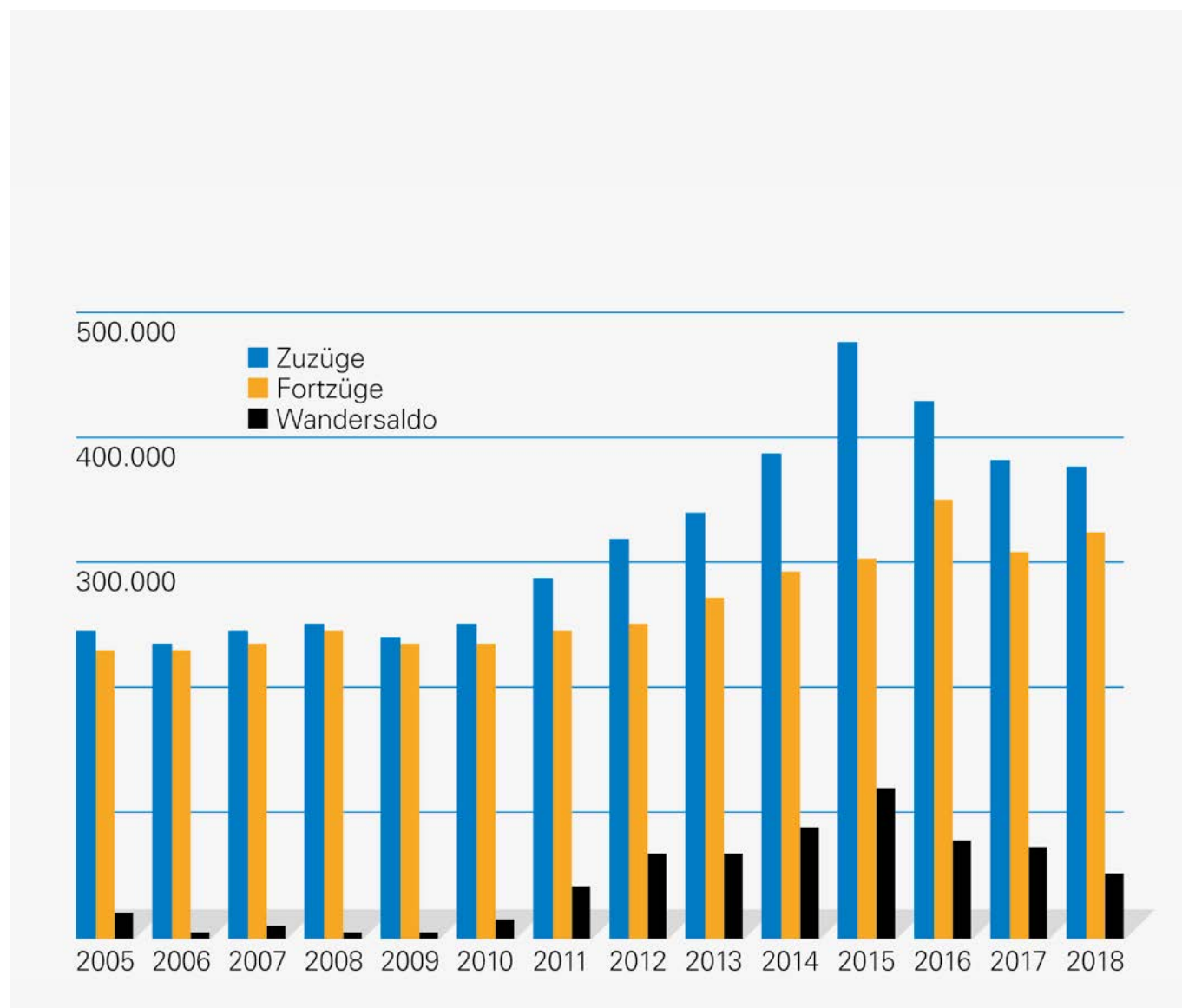
Ende der 1980er-Jahre wanderten deutschstämmige Spätaussiedler aus der früheren Sowjetunion, Rumänien und Polen nach Deutschland aus. Und seit Mitte der 1990er-Jahre ziehen verstärkt Flüchtlinge und Asylbewerber ins Land.

² Landeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.). Landeskunde Baden-Württemberg. September 2018.

Heute kommen täglich durchschnittlich 30 Geflüchtete nach Baden-Württemberg. Rund ein Viertel der Schutzsuchenden ist minderjährig. 2018 stellten 10.738 von ihnen einen Asylantrag. 2015 waren es hingegen noch 98.000 Geflüchtete. Diese Zahlen zeigen, dass die Einwanderung starken Schwankungen unterliegt. Die Ursache dafür liegt in der instabilen und manchmal kritischen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation der Herkunftsländer, die oft unter Kriegen und inneren Konflikten leiden. Aber in Deutschland wirkt sich die Zuwanderung zunächst positiv auf die demografische Entwicklung aus und doch kann auch sie die Herausforderungen, die durch den demografischen Wandel verursacht werden, alleine nicht lösen.

Hinzu kommt ein weiteres Moment: Die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft setzt nicht nur eine bloße Anwesenheit in der Aufnahmegesellschaft, sondern auch eine erfolgreiche Integration sowie Teilhabe voraus. Dabei sind Integration und Teilhabe klar zu unterscheiden.

Zu- und Fortzüge über die Landesgrenze Baden-Württembergs seit 2005



Datenquelle: Wanderungsstatistik. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Zwar öffnet die erfolgreiche Integration die Chancen für Teilhabe und Partizipation, aber sie bedeutet noch keine Teilhabe¹, da sich auch die in sprachlicher und kultureller Hinsicht in die deutsche Gesellschaft gut integrierten Menschen ausgegrenzt oder ausgeschlossen fühlen können. Dies zeigt, wie kompliziert und vielschichtig die Integrationsprozesse sind.

Wie wird sich die Bevölkerung in Deutschland weiterentwickeln?

Während die Bevölkerung zwischen 1990 und 2018 bundesweit um 4 Prozent gewachsen ist, wird sie nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bis 2050 deutlich sinken. Für fünf Bundesländer – Berlin, Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen – wird allerdings entgegen dem bundesweiten Trend ein weiteres Bevölkerungswachstum bis 2050 erwartet.²

¹ Vgl. Faist, Th./Ulbricht, Ch. Von Integration zu Teilhabe? Anmerkungen zum Verhältnis von Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung. Bielefeld 2014.

² Demografieportal des Bundes und der Länder (Hrsg.). Bevölkerungsrückgang bis 2050 in den meisten Bundesländern.

Das Geburtendefizit in Deutschland wird trotzdem von heute 170.000 auf über 400.000 Personen pro Jahr steigen. Eine im langfristigen Durchschnitt liegende Nettozuwanderung wird daher nicht mehr ausreichen, den Überschuss an Sterbefällen zu kompensieren.

Wir wollen nun klären, welche demografischen Probleme in den einzelnen Lebensbereichen bestehen. Wir wollen die Ideen und Projekte beschreiben, die vom Demografiebeauftragten des Landes Baden-Württemberg gestartet wurden.

Welche Ideen und Projekte hat die Geschäftsstelle des Demografiebeauftragten initiiert?

II. Demografische Ideen und Projekte

Um die demografische Entwicklung im Land zu beobachten und zu analysieren, wurde im März 2019 der Demografiebeirat Baden-Württemberg eingerichtet. Vorgesehen war ein ca. 30-köpfiges Gremium, das dem Demografiebeauftragten beratend zur Seite steht. Mitglieder sind unter anderem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie Vertreter der Wirtschaft, des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes, der Bauwirtschaft Baden-Württemberg, des Verbandes Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Kostenträger, der Pflege, des Landesjugendrings und des Landesseniorenrates, der Mehrgenerationenhäuser, zivilgesellschaftliche Akteure und Vertreter aus der Wissenschaft. Der Beirat traf sich 2019 viermal zu sogenannten „Demografiedialogen“.

Die Sitzungen wurden von Ingeborg Germann vom Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V. (KDA) moderiert. Die erste Beiratssitzung fand am 14. März 2019 in Stuttgart statt. Im Vordergrund der bisherigen Beiratsdiskussionen standen die Themen Einsamkeit, Pflege, Digitalisierung und Wohnen. Die Demografiedialoge wurden und werden im Jahr 2020 fortgeführt.



BA Baden-Württemberg
Landesministerium für Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung

Demografiebeirat Baden-Württemberg

Stuttgart, 28. Juni 2019

Johann...
IK R...
zi

Dr. Alfred Debus
Präsident des Demografiebeirats
Baden-Württemberg

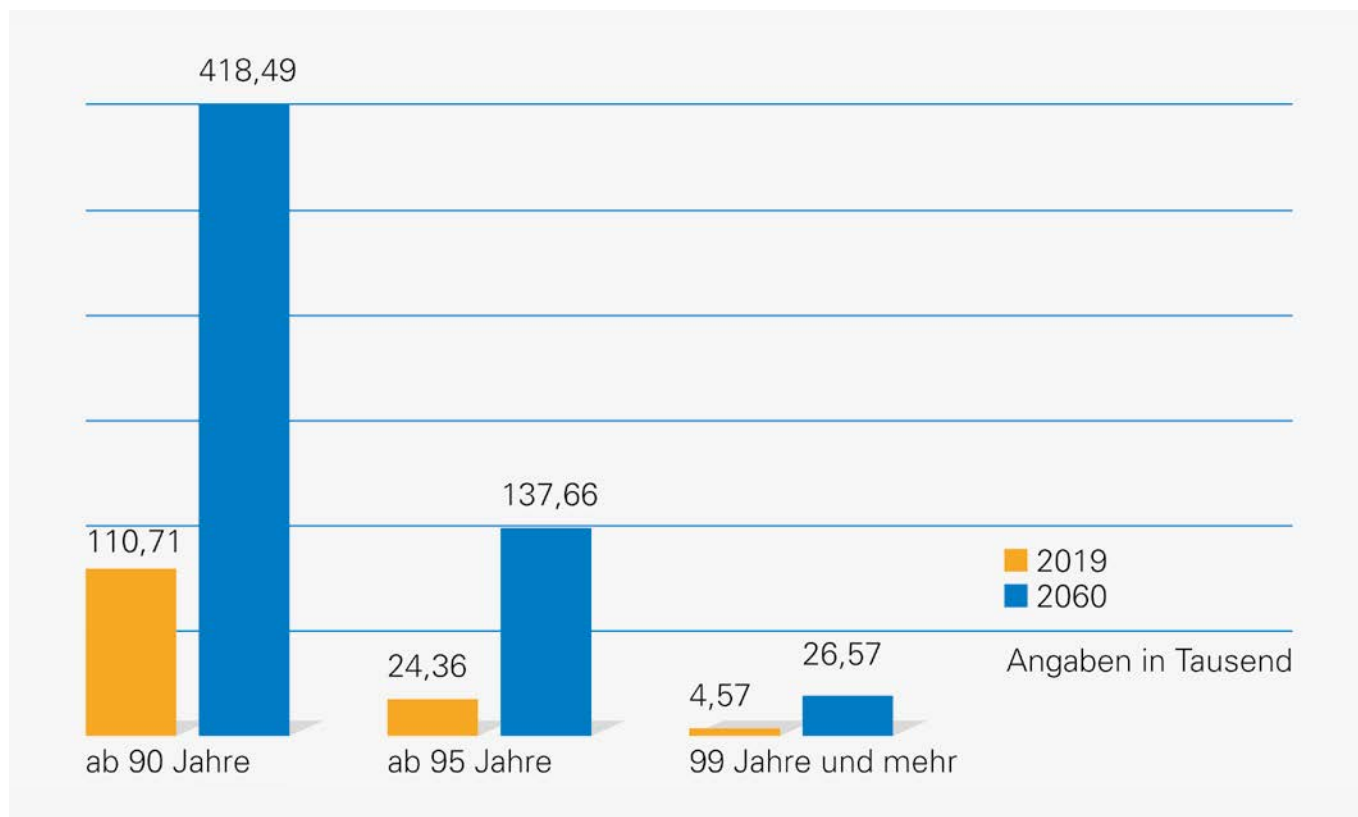
Berichte aus den Sitzungen des Demografiebeirats im Jahr 2019

Gesundheit und Wohlbefinden im Alter

Im Mittelpunkt der ersten beiden Beiratssitzungen standen die Probleme des

sozialen Lebens im Alter. Bei der Sitzung am 14. März 2019 hat Prof. Dr. med. Andreas Fellgiebel, Leiter des Zentrums für psychische Gesundheit im Alter (ZpGA), Mainz, die umfassende Problematik der vernetzten Versorgung von demenzkranken Menschen beschrieben.

So viele 90- und 95-Jährige sowie 100-Jährige und ältere gibt es heute und im Jahr 2060



Quelle: Vorausberechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen bildete die These, dass die älteren Menschen grundsätzlich eine positive Sicht auf das Alter und das Altern haben.

Andreas Fellgiebel hat darauf hingewiesen, dass das Wohlbefinden der Bevölkerung mit dem Alter steige, was Forschungsergebnisse einer amerikanischen Studie bestätigen.

Die positive Sicht auf das Alter bedeutet jedoch nicht, dass sich ältere Menschen deswegen weder einsam noch depressiv fühlen können. Im Gegenteil – die Einsamkeit trifft oft gerade Seniorinnen und Senioren.

Die Einsamkeitsgründe für die älteren Menschen hat Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt (Erster Prodekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln) in seinem Vortrag am 4. November 2019 gründlich analysiert. Wichtig sei, betonte dieser, dass man gelingendes Alleinsein und kreative Melancholie von Depressionen unterscheidet.

Es gibt also eine „positive“ oder „kreative“ Einsamkeit, die sich von einer „negativen“ sozialbedingten Einsamkeit unterscheidet. Die „negativen“ Einsamkeit kann sowohl die jungen als auch die alten Menschen treffen. Das Grundrecht auf Liebe, Vertrauen, Transparenz und Empathie gilt aber für alle Menschen. Die Frage ist, wie wir mit der „negativen“ Einsamkeit umgehen sollten bzw. wie wir den betroffenen Menschen helfen können.

Um diese Fragen beantworten zu können, sollten wir wissen, warum und wie Einsamkeit überhaupt entsteht. Eine Ursache der Einsamkeit liegt im Netzwerkemangel, der zum sozialen Tod führen kann. Im Unterschied zu den jungen Menschen hat die Einsamkeit im Alter ihre Besonderheiten, da sie oft vom Gefühl der chronischen Ohnmacht und der Sinnlosigkeit geprägt wird.

Und tatsächlich bleiben in unserer höchst individualisierten Gesellschaft immer mehr Menschen allein. Für viele ist es eigentlich keine Belastung, alleine zu wohnen, solange sie mobil und kontaktfähig bleiben.

Zum ernstesten Problem wird das Alleinsein nur dann, wenn man nicht mehr mobil genug ist, die Wohnung zu verlassen, weil sie z. B. nicht barrierefrei ist. In diesem Fall wird die Wohnung für die Menschen buchstäblich zu einer Falle. Wenn aber die soziale Isolation durch die wohnlichen Gegebenheiten verursacht ist, dann sollten diese so geändert werden, dass eine Teilhabe am sozialen Leben wieder ermöglicht wird. Zur Überwindung der Einsamkeit kann ein durchdachtes digitales Wohnumfeld wesentlich beitragen, wenn sowohl die technischen als auch die individuellen Möglichkeiten bzw. Fertigkeiten vorliegen oder geschaffen werden.

Digitalisierung

Nicht nur im Wohn- und Pflegebereich, sondern auch in der Arbeitswelt kommt der Digitalisierung eine immer größere Bedeutung zu. Über den Einfluss der Digitalisierung auf den demografischen Wandel hat die Diplom-Informatikerin und Beraterin beim Institut für Innovation und Technik (itt), Maxie Lutze aus Berlin, am 26. Juni 2019 referiert. Bevor wir uns mit ihren Thesen beschäftigen werden, stellen wir eine einfache Frage:

Was ist Digitalisierung? Alle wissen es, aber nur wenige können diese Frage genau beantworten.

Wer seine alten Schallplatten und VHS-Kassetten umwandelt, um sie zu sichern oder unterwegs dabei haben zu können, nimmt an der Digitalisierung teil. Das Problem ist jedoch, dass viele Nutzer bei dieser einfachsten Form der „digitalen Transformation“ stehen bleiben. Dabei hätte die schöne, neue, digitale Welt viel mehr Möglichkeiten zu bieten, schreibt das „digital</magazin>“. ¹ Das Zauberwort heißt hier unter anderem: VERNETZUNG. Digitalisierung kann eine vernetzte Welt schaffen, in der Computer und Anlagen – vom Fahrkartenautomaten bis zu Fabriken – miteinander digital verbunden und gesteuert werden.

Inzwischen aber spricht die Welt nicht nur über Digitalisierung, sondern auch über Künstliche Intelligenz (KI).

¹ Tarkowski, P. Digitalisierung: Was ist das? Der Versuch einer Definition.



Im Hinblick auf diese sehr verbreitete und doch unbegründete Angst von der zerstörerischen und gefährlichen KI-Kraft meinen die Wissenschaftler des Zukunftsinstituts, dass die Menschen aufhören sollten, die menschliche und künstliche Intelligenz gegenüberzustellen.¹

Denn KI soll die Menschen ja nicht ersetzen, sondern ihnen vor allem helfen. Unser Menschsein ändert sie grundsätzlich nicht. Wie jede technische Errungenschaft birgt auch die KI Gefahren. Es liegt jedoch an uns selbst, sie so zu gestalten, dass sie sowohl unsere Freiheit als auch unsere Möglichkeiten erweitert.

KI beginnt bereits jetzt eine wichtige Rolle im privaten Bereich des Smart Home zu spielen. Was aber ist Smart Home?

Mit diesem Begriff bezeichnet man intelligentes Wohnen. Wenn Haushaltsgegenstände mit dem Internet verbunden werden,

¹ Zukunftsinstitut (Hrsg.). 6 Thesen zur Künstlichen Intelligenz.

dann schaffen sie für Menschen eine sog. „intelligente Wohnumgebung“, die sich bequem per Handydisplay steuern lässt. Individuelle Lichtabstimmung automatisch nach Tageszeit, Schließen der Rollläden, wann der Fernseher eingeschaltet wird und andere Möglichkeiten sind realisierbar. KI kann zur Schaffung einer barrierefreien Wohnumgebung beitragen und tut es bereits jetzt.

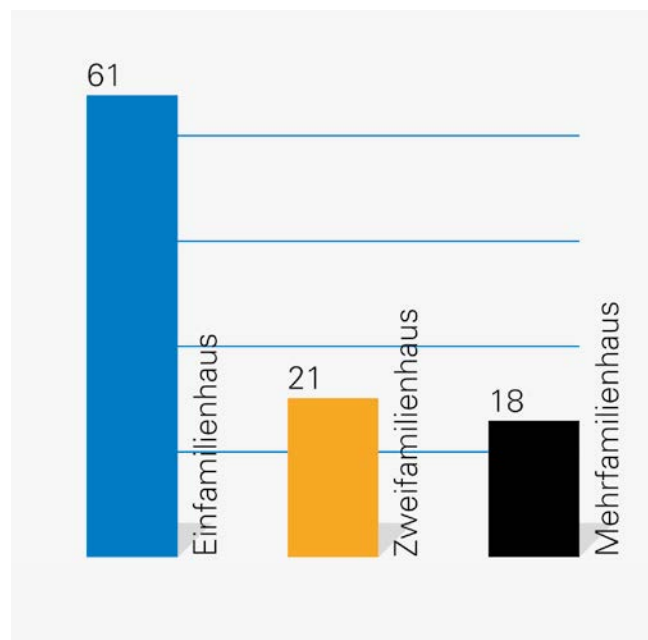
Es steht außer Frage: KI wird nicht nur unsere Wohnumgebung, sondern auch unser Leben gründlich verändern. Sie wird zum wichtigen Lebensfaktor der menschlichen Existenz. Deshalb stand das Thema ‘modernes Wohnen’ im Vordergrund der Diskussionen sowohl des Demografiebeirats Baden-Württemberg als auch des Runden Tisches „Wohnen für das Alter“, der 2020 vom Demografiebeauftragten des Landes, Thaddäus Kunzmann, initiiert wurde.²

² Weitere Info über den Runden Tisch „Wohnen für das Alter“ auf Seite 27.

Alters- und generationengerechtes Wohnen

Das Thema alters- und generationengerechtes Wohnen wurde auf der Beiratssitzung am 23. September 2019 von der Leiterin des Fachbereiches Wohnen und Quartiersentwicklung im KDA, Frau Ursula Kremer-Preiß,

82 Prozent der Wohngebäude in Baden-Württemberg sind Ein- und Zweifamilienhäuser



Quelle: Berechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

präsentiert: Wohnen sei ein Lebensbereich mit elementarer Bedeutung für alle Menschen – gleichzeitig ein Grundbedürfnis und Mittelpunkt alltäglicher Lebenserfahrung.

Denn unsere Wohnverhältnisse sind entscheidend für die Lebensqualität. Dies sei allen Altersgruppen gemeinsam. Mit zunehmendem Alter allerdings wird die Wohnung immer mehr zum Lebensmittelpunkt. Ältere Menschen verbringen den weitaus größten Teil ihres Alltags zu Hause. Sie wohnen im Durchschnitt besonders lange in ihren Wohnungen und weisen damit eine hohe emotionale Verbundenheit mit ihrem Wohnumfeld auf. Die Gestaltung der Wohnsituation ist insbesondere für ältere Menschen, aber auch für Menschen mit z. B. gesundheitlichen Beeinträchtigungen entscheidend dafür, ob sie ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben führen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Schaffung bedarfsgerechter Wohn- und Versorgungsstrukturen für alle Generationen muss sich aber erheblichen Herausforderungen stellen.

Hierzu gehören:

- die zunehmende Alterung der Gesellschaft und der damit verbundene Anstieg der Zahl von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Unterstützungsbedarf,
- der mit der demografischen Entwicklung verbundene wachsende Pflegenotstand,
- die Wohnkostensteigerungen – vor allem in den Ballungsgebieten –, verbunden mit einem wachsenden Altersarmutsrisiko und zunehmend belasteten sozialen Sicherungssystemen,
- die wachsende gesellschaftliche Differenzierung – einschließlich der wachsenden Gruppe von (vor allem auch älteren) Migrantinnen und Migranten – sowie der Ausdifferenzierung sehr individueller und unterschiedlicher Wohn- und Lebensstile,
- die wachsende Einsamkeit – vor allem in der älteren Generation – und die damit verbundene Wichtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe zu sichern.

Was braucht es in Zukunft?

Das Angebot an alternativen Wohnformen muss weiter ausgebaut werden. Im Fokus muss bleiben, dass jeder die Wohnform wählen kann, in der er leben möchte. Diese Sicherstellung einer Wahlalternative erfordert weitere Initiativen für den Ausbau der Vielfalt. Die Umsetzung generationengerechter Wohnmodelle setzt ein gemeinsames Zusammenwirken vieler voraus: Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Angehörigen, Initiatoren, Leistungserbringer und ehrenamtlich Engagierte.

Dafür ist eine verstärkte Diskussion über Anforderungen an die Qualitätssicherung bei generationengerechten Wohnformen nötig. Das Thema wurde auch auf dem vom Demografiebeauftragten des Landes initiierten Runden Tisch „Wohnen für das Alter“ 2020 behandelt.

Welche Empfehlungen hat der Runde Tisch „Wohnen für das Alter“ vorgelegt?



III. Wohnen in Baden-Württemberg



Quelle: Kommunalverband Jugend und Soziales Baden-Württemberg

Urheberrecht: Werbeagentur Mees + Zacke

Werkstatt Wohnen – die barrierefreie Musterwohnung

Die Werkstatt Wohnen des KVJS Baden-Württemberg ist eine barrierefreie Musterwohnung. Sie zeigt Produkte und bauliche Lösungen, die den häuslichen Alltag erleichtern.

1. Runder Tisch „Wohnen für das Alter“

Am 22. Januar 2020 fand die erste Sitzung des Runden Tisches „Wohnen für das Alter“ statt. Dieser Sitzung folgte dann die zweite am 19. Februar 2020 und die dritte am 9. März 2020. Der Runde Tisch wurde einberufen, um die Wohnraumsituation im Land zu analysieren und aufzuzeigen, welche Bedarfe bestehen und in den nächsten Jahren noch entstehen werden und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diese zu decken. Das Ziel des Runden Tisches bestand darin, konkrete umsetzbare und finanzierbare Vorschläge zu erarbeiten, die verbindlich in die Vereinbarungen für die Arbeit der nächsten Landesregierung einfließen sollen. Am Runden Tisch tauschten sich Vertreter von Wohnungsbaugenossenschaften und Arbeitsgemeinschaften, Senioren- und Behindertenverbänden sowie von Landesministerien, kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Interessengruppen aus. Im Vordergrund der Diskussion stand die Frage, wie barrierefrei die Wohnräume in Deutschland und Baden-Württemberg sind.

Die Antwort auf diese Frage ist alles andere als beruhigend: Vor vier Jahren gab es in Deutschland rund 770.000 altersgerechte Wohnungen, doch sind das nur zwei Prozent des gesamten Wohnungsbestandes. In Baden-Württemberg sind zum Jahr 2040 rund 486.000 barrierefreie Wohnungen nötig (Studie von PROGNOSES im Auftrag der Wohnraum-Allianz). Daraus folgt, dass in Deutschland mehr barrierefreie Wohnungen gebaut und auch mehr in den altersgerechten Umbau investiert werden muss. Für mehr Barrierefreiheit sprechen nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und ethische Argumente.

Kostenargument

Wer barrierefrei baut, der baut langfristig und zukunftssicher, denn nur so lassen sich in Zukunft sowohl die langen Umbauzeiten als auch Folgekosten und Mehraufwand vermeiden.

Dies bestätigt ausdrücklich die Analyse über barrierefreies Bauen von TERRAGON WOHNBAU und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, die feststellte, dass barrierefreies Bauen keine Frage der Kosten, sondern der Konzeption und Planung sei.

Die Studie kam zu einem erstaunlichen Ergebnis: Barrierefreiheit macht nur gut ein Prozent der Gesamtbaukosten aus!¹ Es steht außer Zweifel, dass es teurer ist, Neubauten nicht barrierefrei zu bauen und später nachzurüsten. Für mehr Barrierefreiheit sprechen nicht nur Kosten-, sondern auch Nutzungsargumente.

¹ Terragon Wohnbau. Barrierefreies Bauen im Kostenvergleich. Eine Analyse notwendiger Mehrausgaben gegenüber konventionellen Bauweisen. Berlin 2012.

Nutzungsargument

Es herrscht nach wie vor die Meinung, dass eine barrierefreie Bauweise automatisch auf die Zielgruppen Senioren und Menschen mit Handicaps beschränkt sei. Zunächst richtete sich die barrierefreie Bauweise tatsächlich vor allem an Menschen, die aufgrund ihres hohen Alters oder einer Behinderung unterschiedliche Einschränkungen aufwiesen. Aber Barrierefreiheit schafft Komfort nicht nur für ältere oder behinderte Menschen, sondern für alle Nutzergruppen. Denn auch gesunde und fitte Menschen wollen sich nicht immer mit vollen Einkaufstaschen, dem Kinderwagen oder dem Fahrrad über Stufen quälen. Und doch ist die Barrierefreiheit nicht nur eine Frage des Komforts oder der Ökonomie, sondern auch der Gerechtigkeit.

Gerechtigkeitsargument

Im weiten Sinne des Wortes versteht man unter Barrierefreiheit die Möglichkeit, sich im jeweiligen Lebensbereich hindernisfrei zu bewegen. Barrierefreiheit gilt damit für alles, was Menschen entwickelt, gemacht oder gebaut haben.

Aber warum ist Barrierefreiheit für das soziale Leben besonders wichtig?

Weil sie nicht nur Bewegungsfreiheit, sondern auch Freiheit als solche bedeutet. Bewegungsfreiheit ist vor allem Freiheit, weil sie die soziale Inklusion unterstützt sowie die politische und kulturelle Teilhabe fördert. Vor allem trägt sie zur individuellen Selbstrealisierung des Menschen bei.

Im Hinblick auf diese drei Argumente hat der Runde Tisch „Wohnen für das Alter“ konkrete umsetzbare und finanzierbare Vorschläge im Bereich des barrierefreien Wohnens für das Land Baden-Württemberg vorbereitet.

Landesweite Übersicht der Wohnberatungsstellen in Baden-Württemberg

Parallel zum Runden Tisch „Wohnen für das Alter“ hat der Demografiebeauftragte beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg angeregt, im Zuge der Problematik zu vieler nicht barrierefreier Wohnungen der (angehenden) Senioren und Seniorinnen eine umfassende Übersicht der Wohnberatungsstellen in Baden-Württemberg in Form einer interaktiven Karte zu erstellen.

Diese interaktive Karte wurde in Zusammenarbeit mit der FaFo – Familienforschung beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg umgesetzt und ist unter der folgenden Adresse zu finden: <https://www.statistik-bw.de/FaFo/Management/WohnberStellen.jsp>

2. Handlungsempfehlungen zum „Wohnen für das Alter“

1. Ausgangslage

- Die Zahl der hochbetagten Menschen in Baden-Württemberg wird sich in den kommenden 30 Jahren mehr als verdoppeln. Trotz besserer geistiger und körperlicher Vitalität bleibt allein die hohe Zahl eine beachtliche gesellschaftliche Herausforderung.
- Die Hochaltrigkeit insbesondere der geburtenstarken Jahrgänge wird auch vom Fachkräftemangel im Pflegeberuf begleitet sein. Selbst wenn die Pflegenden durch technische Innovationen entlastet werden können, ist davon auszugehen, dass sie es alleine nicht schaffen, die zunehmende Zahl der Menschen mit Pflegebedarf zu betreuen.
- Familienarrangements ändern sich. Bereits heute sind fast drei Viertel der Haushalte in Baden-Württemberg Ein- und Zweipersonenhaushalte. Diesen Haushalten steht eine völlig andere Struktur der Wohngebäude gegenüber: Über 80 Prozent der Gebäude sind Ein- oder Zweifamilienhäuser. Die Mehrzahl der älteren Paare und der alleinstehenden Seniorinnen und Senioren wohnt also in Häusern mit sehr großer Wohnfläche.
- Die überwiegende Mehrzahl der Häuser und Wohnungen, in denen die Seniorinnen und Senioren heute leben, ist 30 Jahre und älter. Damit stellt sich die Frage nach dem altersgerechten Zustand. Der Anteil der vollkommen barrierefreien Wohnungen in Baden-Württemberg ist marginal. Lediglich 15 Prozent der Wohnungen haben überhaupt einen barrierefreien Zugang.
- Rund 40 Prozent der Wohnungen, die heute gebaut werden, werden als Ein- und Zweifamilienhäuser gebaut. Angesichts der im Bauwesen herrschenden Ressourcenknappheit sowie der demografischen Herausforderungen ist dies eine falsche Prioritätensetzung. Die Gesamtnutzungsdauer von Neubauprojekten liegt in Deutschland bei rund 50 bis 100 Jahren. Es ist also von allergrößter Bedeutung, Bauweise und Ausgestaltung an den Bedürfnissen des gesellschaftlichen und demografischen Wandels auszurichten.

2. Herausforderungen

- Wir brauchen mehr barrierefreie und altersgerechte Wohnungen, die auch bezahlbar sind² sowie generationenübergreifende Wohnprojekte für ältere Menschen, die in Gemeinschaft leben möchten. Neue barrierearme, altersgerechte Wohnungstypologien wie Clusterwohnungen oder Wohngemeinschaften, die neben den Mehrgenerationenhäusern ein Angebot schaffen sowie ein gesundheitsförderliches Wohnumfeld, ermöglichen einen deutlich längeren selbstbestimmten und unabhängigen Verbleib von Seniorinnen und Senioren in ihren Wohnungen.
- Die Ressourcenknappheit im Bauwesen lässt es fraglich erscheinen, dass die notwendigen altersgerechten Wohnungen im Neubau geschaffen werden können. Damit rückt der altersgerechte Umbau deutlicher in den Blick.
- Darüber hinaus muss der Fokus beim Neubau im barrierearmen und -freien Geschosswohnungsbau liegen.
- Um der Einsamkeit im Alter vorzubeugen, gilt es, lebhaftere Wohnquartiere zu entwickeln, in denen die verschiedenen Generationen gemeinsam wohnen und zugleich am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Wohnungen müssen nahe der Nahversorgung gebaut und in ein nachbarschaftliches Netzwerk sowie in ein Quartierskonzept eingebunden sein. Es kommt nicht allein darauf an, dass Wohnungen gebaut, sondern auch darauf, wie und wo Wohnungen gebaut werden.

² PROGNOSE errechnete in einer Analyse für die Wohnraum-Allianz den Bedarf an altersgerechten Wohnungen allein für Baden-Württemberg bis 2040 auf 480.000.

3. Handlungsfelder

3.1 Kompetenzen in einem „Landeskompetenzzentrum“ bündeln

Vorbemerkung: Die Schaffung eines weiteren Landeskompetenzzentrums ist nur dann sinnvoll, sofern es nicht gelingt, dieses Thema in das geplante Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit³ oder das geplante Kompetenzzentrum Wohnen⁴ zu integrieren.⁵

- Zielgruppe: Architekten und Handwerkskammern, Wohnberatende, Wirtschaftsförderer, Quartiersmanager, Dienstleister in Quartieren, Wissenschaft, Öffentlichkeit.
- Schaffung einer übergeordneten Anlaufstelle mit hauptamtlichen Mitarbeitenden, an die sich alle interessierten Akteure wenden können und die Informationen, Ideen, Wissen etc. sammelt und bereitstellt sowie für die Vernetzung der Akteure sorgt.

³ Für ein Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit stehen seit dem Haushalt 2020/21 Mittel zur Verfügung. Beratungsschwerpunkte sollen in den Bereichen Bauen, ÖPNV und Informationstechnik liegen. Darüber hinaus erfolgt Beratung zu den Gebieten „Leichte Sprache“ und „Assistive Technologien“. Zielgruppen sollen öffentliche Stellen sein (also Dienststellen, Einrichtungen der Landesverwaltung, Kommunen). Eine private Beratung ist vorerst (auch aus Kapazitätsgründen) nicht vorgesehen.

⁴ Das Kompetenzzentrum Wohnen ist Teil der Wohnraumoffensive des Landes, das aus Mitteln des Landeswohnraumförderprogramms gespeist ist und zum Inhalt hat, Kommunen bei der Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum zu fördern. Aus diesem Grund können im entsprechenden Kompetenzzentrum nur Ansätze verfolgt werden, die auch von Kommunen umgesetzt werden können.

⁵ Neben den beiden geplanten Landeskompetenzzentren gibt es bereits regionale Zentren, die sich dem altersgerechten Wohnen und der Wohnungsausgestaltung widmen, wie z. B. das LebensPhasenHaus in Tübingen oder das Projekt „Zukunft Barrierefreiheit 4.0“ des Landesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter Baden-Württemberg e. V.

- Koordinierte Forschung im Bereich „Wohnen im 21. Jahrhundert“ sowie Weiterentwicklung innovativer Wohnformen, insbesondere für ältere und auch pflegebedürftige Menschen, einschließlich der Möglichkeit, flexible Wohnungsgrößen sowie Mehrgenerationenprojekte zu schaffen.
- Zusammenführen der Erkenntnisse zum altersgerechten Neu- und Umbau (einschließlich digitaler Einsatzmöglichkeiten) sowie zur gesundheitsförderlichen Sozialraumplanung.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema „barrierefreier und -armer Wohnungs(um)-bau“ sowie für die Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten.
- Schaffung von Qualitätskriterien und Mindeststandards zur Wohnberatung.
- Förderung bzw. Schaffung von Barrierearmut oder -freiheit im öffentlichen Raum sowie bei Mobilitätsangeboten.

3.2 Verlässliche Beratungs- und Begleitinstrumente auf kommunaler Ebene

- für den altersgerechten Umbau⁶ in Form einer verlässlichen, flächendeckenden und gebündelten Wohnberatung einschließlich der Darstellung von technischen Unterstützungsmöglichkeiten unabhängig von den Pflegestützpunkten. Sie braucht zudem professionelle Strukturen, damit sie auch mit ehrenamtlicher Unterstützung arbeiten kann.
- zur Begleitung beim Umzug Älterer vom bisherigen Haus in eine Geschosswohnung einschließlich der Verwertung der bisherigen Immobilie (ggf. beginnend in einer Pilotgemeinde),
- zur Begleitung von Menschen, die in generationenübergreifenden gemeinschaftlichen bzw. genossenschaftlichen Wohnformen zusammenleben wollen,
- zur Begleitung der Wirtschaftsförderer und Quartiersmanager zur ganzheitlichen Ausgestaltung von (genossenschaftlichen) Wohn-, Lebens- und Quartierskonzepten.

⁶ Das KfW-Programm zum altersgerechten Umbau wurde ab 2020 auf 100 Mio. Euro aufgestockt.

3.3 Verbesserte einkommensunabhängige investive Förderung

- für Vermietende, z. B. durch ein mit dem bestehenden KfW-Programm „Altersgerecht umbauen“ bzw. anderen kommunalen Förderprogrammen koppelbaren zusätzlichen Landesförderprogramm,
- zur Einrichtung von halböffentlichen Räumen im Quartier (z. B. für Familienfeiern oder den Besuch von Familienangehörigen) sowie innovativen und ggf. kooperativen Dienstleistungen und Ideen.

3.4 Stärkung der nachbarschaftlichen Netzwerke und generationengerechter Quartiere sowie der dezentralen Nahversorgung

Vorbemerkung: Die Strukturförderung im ländlichen Raum ist in Baden-Württemberg traditionell stark. Auch wenn die kleinteilige Versorgungsstruktur zurückgegangen ist, gibt es in Baden-Württemberg keine „abgehängten Räume“. Zuletzt wurden über das „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ (ELR) wieder 90 Mio. Euro zur kleinteiligen Strukturförderung weitergegeben.⁷

Ausgehend von den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission Pflege wurde sowohl im Koalitionsvertrag wie auch im Anschluss im Regierungshandeln ein Schwerpunkt auf die Quartiersarbeit gelegt. Seither wurde – beginnend mit der Landesstrategie Quartier 2020 – ein umfangreiches Beratungs-, Begleit-, Schulungs- und Förderangebot entwickelt.

⁷ Die IREUS-Studie (Studie zur Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum der Universität Stuttgart im Auftrag des MLR BW) gibt wichtige Hinweise auf Stärken, aber auch auf notwendige Handlungsfelder.

Darüber hinaus regen wir an:

- die ganzheitliche Quartiersentwicklung: Bereits in der Bau- und Entwicklungsphase müssen über das reine Wohnen hinaus verschiedene Angebote und Formen von Betreuung, Pflege, gesundheitlicher Prävention, Grundversorgung und Mobilität mitgedacht und geplant werden. Dazu sind auch Beteiligungsformate für die Bürgerschaft und Wirtschaft vor Ort zu schaffen.⁸ Durch eine dergestalt vorausschauende Planung können deutlich mehr Menschen an ihrem Wohnort oder in Wohnortnähe alt werden.⁹
- Schaffung von öffentlichen Begegnungsorten (u. a. auch ohne Konsumzwang) und städtebauliche Aufwertung bestehender sozialer Orte.
- Offenheit für neue bzw. flexible Nutzungskonzepte von Immobilien dort, wo die Nahversorgung weggebrochen ist.

⁸ Über die Allianz für Beteiligung und durch das Ministerium für Soziales und Integration werden solche Formate schon gefördert (z. B. „gut beraten“ oder „Nachbarschaftsgespräche“)

⁹ Beispiel: Das Konzept eines „Multifunktionshauses“ wurde in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Dabei werden leer stehende Gebäude in Kommunen ohne Nahversorgung für verschiedene Nutzungen bereitgestellt (z. B. am Montag für den Arzt, am Dienstag zur Medikamentenausgabe, am Mittwoch für den Friseur usw.). Mit WohnenPLUS-Modellen und Ärzte-Genossenschaften fördert der BWGV diese Themen mittels Betreiber- und Dienstleistungsmodellen.

An der Beratung zu diesen Handlungsempfehlungen wirkten mit:

- Thaddäus Kunzmann,
Demografiebeauftragter des Landes
Baden-Württemberg (federführend)
- Arbeitsgemeinschaft Haus & Grund
Baden-Württemberg
- Architektenkammer Baden-Württemberg,
Prof. Susanne Dürr, Dr. Sigrid Loch und
Dr. Gunnar Seelow
- Baden-Württembergischer Genossen-
schaftsverband e. V. (BWGV),
Anja Roth, Fabian Reger und Dr. Annika
Reifschneider
- DAK-Gesundheit, Oliver Schuckert
- Eberhard Karls Universität Tübingen/
LebensPhasenHaus, Thomas Heine
- Landesfamilienrat Baden-Württemberg
- Landesseniorenrat
Baden-Württemberg e. V.
- Landesverband Selbsthilfe Körper-
behinderter Baden-Württemberg e. V.
- Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH
- Sozialverband VdK Baden-
Württemberg e. V.
- Steinbeis-Transferzentrum Soziale
und Technische Innovation,
Prof. Dr. Daniel Buhr
- Verband Wohneigentum
Baden-Württemberg e. V.
- vbw Verband baden-württembergischer
Wohnungs- und Immobilienunternehmen
e. V.
- Wohnberatungsstelle des
DRK-Kreisverbandes Stuttgart e. V.



IV. Ethik und Demografie

Warum die demografische Wissenschaft eine ethische Grundlage braucht.

Alle in dieser Broschüre beschriebenen demografischen Herausforderungen – Barrierefreiheit, Einsamkeit und Teilhabe, Pflege und Mobilität und selbstverständlich Künstliche Intelligenz – haben nicht nur eine soziale und ökonomische, sondern auch eine ethische Dimension.

Was ist Ethik und welche Rolle spielt sie im Zusammenhang mit Demografie?

Die Ethik (griechisch: ethike – deutsch: das sittliche (Verständnis)) reflektiert über das menschliche Handeln. Sie stellt die Frage „Was sollen wir tun?“. Dieselbe Frage stellt aber auch die Demografie (griechisch: démos, graphé – deutsch: Volk, Beschreibung) aus einer anderen Perspektive heraus. Bis in das erste Drittel des 19. Jahrhunderts bildeten Ethik und Demografie bei den Klassikern der Bevölkerungstheorien

eine unzertrennliche Einheit.¹ Mit Klassikern der Bevölkerungstheorie sind hier vor allem der deutsche Pfarrer und Demograf Johann Peter Süßmilch (1707–1767) sowie der britische Pastor und Nationalökonom Thomas Robert Malthus (1766–1834) gemeint. Beiden ging es nicht nur um das Bevölkerungswachstum, sondern auch um die Überwindung von Hunger und Armut sowie die Bekämpfung von Kriegen und Seuchen. Die Begründer der demografischen Wissenschaft waren der Meinung, dass die ganzen Übel dieser Welt (Verarmung und Verelendung, Kriege und Seuchen) nicht gottgewollt seien, sondern von den Menschen selbst verursacht würden und von den Regierenden zu verantworten wären.

¹ Birg, H. Betrachtung über die demographischen Aspekte der Ethik und die ethischen Aspekte der Demographie. In: Hans Thomas. Bevölkerung, Entwicklung, Umwelt. Busse Seewald, Herford 1995 (LINDENTHAL-INSTITUT / Colloquium Köln 1994). S. 257–289.

Die Klassiker der Demografie haben auf die Verantwortung des Menschen für sein eigenes Handeln hingewiesen.

Seit dem 18. Jahrhundert hat sich in dieser Hinsicht im demografischen Bereich kaum etwas geändert. Denn auch die moderne Wissenschaft, wenn sie über Barrierefreiheit, Einsamkeit, Altersarmut, Solidarität, gerechte Gesundheitsversorgung oder Ausgrenzung und Diskriminierung spricht, erhebt ihren moralischen Zeigefinger. Auch sie strebt nach Legitimität und Gerechtigkeit im menschlichen Zusammensein.

Demografie hat zweifellos einen Bezug zur Ethik, den sie auch nicht verlieren darf, weil ethische Ignoranz verheerende Konsequenzen für die Menschheit haben kann. Dies hat uns die demografische Politik des Nationalsozialismus deutlich vor Augen geführt. Ihre Folgen waren die menschenfeindlichen „Nürnberger Rassengesetze“ (1935) sowie die Gesetze zur „Rassenhygiene“.

Die nationalsozialistische Demografiepolitik führte dazu, dass alte, kranke und pflegebedürftige Menschen als „unproduktive Ballast-Existenzen“ bezeichnet wurden.²

Die (Demografie-)Geschichte hat uns gelehrt, dass die demografischen Konzepte und Handlungen unbedingt eine ethische Begründung brauchen. Das gilt auch für die moderne Wissenschaft, die im Unterschied zu den Klassikern der Demografie die eigentliche Herausforderung der demografischen Entwicklung nicht mehr in der schnell wachsenden Bevölkerung, sondern in einer – zumindest in den europäischen Ländern – schrumpfenden und alternden Gesellschaft sieht. Aber auch die moderne Demografie will die Übel dieser Welt (Armut, Kriege und Seuchen) bekämpfen.

² Vgl. Schlegel-Voß, L.-Ch. Alter in der „Volksgemeinschaft“. Zur Lage der älteren Generation im Nationalsozialismus, Berlin 2005. S. 281.

Deshalb beteiligt sie sich aktiv an den ethischen Diskussionen unseres Zeitalters über das Recht zur Selbsttötung für todkranke Menschen, Barrierefreiheit, gesellschaftliche Teilhabe oder Generationengerechtigkeit. Auch heute bilden Demografie und Ethik eine Einheit, was uns den Begriff ‚Generationengerechtigkeit‘ anschaulich macht.

Generationengerechtigkeit

Der Begriff ‚Generationengerechtigkeit‘ setzt sich aus den Einzelwörtern ‚Generation‘ und ‚Gerechtigkeit‘ zusammen. Diese beiden Einzelwörter sind aber sehr komplizierte Begriffe, die sich nicht so einfach erklären lassen, was wir gleich sehen werden. Wir beginnen mit dem Begriff ‚Generation‘.

Einerseits verstehen wir unter diesem Begriff unterschiedliche Altersgruppen, die gleichzeitig leben, wie z. B. die junge, mittlere oder ältere Generation. Andererseits meinen wir mit ‚Generation‘ auch die Gesamtheit aller zur gleichen Zeit lebenden Menschen.

Wir sprechen z. B. von der ‚Kriegsgeneration‘ und meinen damit alle Menschen, die den Krieg erlebt haben. Die Spezialisten sprechen im ersten Fall von der ‚chronologisch temporalen Generation‘ und im zweiten Fall von der ‚chronologisch intertemporalen Generation‘.

Wenn das Wort ‚Generation‘ thematisch eher in den demografischen Bereich gehört, gehört das Wort ‚Gerechtigkeit‘ zweifellos in den ethischen Bereich. Der Begriff Generationengerechtigkeit vereint in sich die demografische Problematik mit der ethischen. Aus diesem Grund ist er zum sprachlichen Symbol einer unzertrennlichen Einheit von Demografie und Ethik geworden. Seine Mehrdeutigkeit führte aber dazu, dass wir große Schwierigkeiten mit dem Verstehen von Generationengerechtigkeit haben.

Was ist überhaupt Generationengerechtigkeit? Ist sie die Verteilungsgerechtigkeit? Oder ist sie die Gerechtigkeit gegenüber den Vorgängergenerationen (historische Gerechtigkeit)?

Oder ist sie vielleicht die Gerechtigkeit gegenüber den Nachfolgenerationen, mit der sich die Zukunftsethik beschäftigt?³ Es gibt keine einfachen Antworten auf diese Fragen.

Selbstverständlich ist es nicht die Aufgabe der Demografie, sich mit der historischen (Un-)Gerechtigkeit zu beschäftigen. Und doch ist auch die Demografie gezwungen, um ihre Gegenwart besser verstehen zu können, ständig in die Vergangenheit – vor allem in die eigene Vergangenheit – zu blicken. Außerdem muss sich die Demografie, wenn sie die Konsequenzen der gegenwärtigen Entscheidungen und des gegenwärtigen Handelns besser erkennen will, auch mit der Zukunft beschäftigen. Aber weder die Zukunft noch die Vergangenheit bilden das eigentliche Forschungsobjekt der demografischen Wissenschaft, sondern ihr Forschungsobjekt bildet allein die Gegenwart.

³ Vgl. Tremmel, J. Generationengerechtigkeit – eine Ethik der Zukunft.

Die Demografie beschäftigt sich vor allem mit den heute lebenden Generationen, die sich übrigens im ständigen Kommen und Gehen befinden. Unser Generationenverhältnis stellt deshalb kein unveränderliches Ganzes, sondern im Gegenteil ein veränderliches und bewegliches Gefüge dar. Die Jungen von heute sind bekanntlich die Alten von morgen. Es war schon immer so und es wird auch so bleiben, solange es die Menschheit gibt.

Man sollte daher keine Verteilungskonflikte zwischen den vergänglichen Generationen schüren, sondern besser den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. In unserer Gesellschaft gibt es Platz für alle Menschen – sowohl junge als auch alte. Alle dürfen sich in die Gemeinschaft einbringen. Die meisten Menschen tun es auch: Sie sind entweder beruflich tätig oder betätigen sich ehrenamtlich. Dadurch pflegen und stärken sie das Miteinander unterschiedlicher Generationen.

Von dem guten und friedlichen Miteinander profitiert nicht nur die Demografie, sondern auch die ganze Welt. Unsere vielfältige Welt ist eine (Mega-)Stadt, in der nicht nur unterschiedliche Generationen, sondern auch verschiedene Nationalitäten und Kulturen leben.

Unsere Vielfalt ist unsere Stärke!



V. Schluss

Liebe Leserinnen und Leser,

am Ende unserer Broschüre bleibt noch eine Frage offen: Kann die demografische Forschung die Bevölkerungsentwicklung beeinflussen?

Die Antwort heißt eher: Nein. Die demografische Wissenschaft beschreibt und analysiert die Bevölkerungslage und -entwicklung. Sie erkennt auftretende Probleme und bietet optimale Lösungen an, aber für die praktische Umsetzung dieser Problemlösungen ist nicht sie, sondern allein die Politik zuständig. Andererseits: Ohne demografische Kenntnisse kann die moderne Politik nicht erfolgreich agieren. Politik braucht Wissen. Dieses Wissen bekommt sie von den demografischen Forschungszentren und Instituten, die die ökonomischen, sozialen, aber auch kulturellen und ethischen Probleme im Zusammenhang betrachten und analysieren.

Wir sprechen oft über den ‚demografischen Wandel‘ und vergessen dabei, dass sich die menschliche Bevölkerung schon immer und zu allen Zeiten im Wandel befand. „Nichts ist beständiger als der Wandel“, haben schon die Altgriechen treffend bemerkt. Die Baden-Württemberger wissen das sehr gut, denn ihre fast 70-jährige Geschichte war und bleibt die Geschichte eines erfolgreichen Wandels.

Thaddäus Kunzmann
Demografiebeauftragter des Landes
Baden-Württemberg

Demografiebeirat Baden-Württemberg

Stuttgart, 26. Juni 2019

Thaddäus Kunzmann
Landesminister für Wirtschaft und Energie

Ingeborg Germann
Landesministerin für Soziales und Arbeit

An den vier Sitzungen des Demografiebeirats in 2019 haben teilgenommen:

Benjamin Baecker

vbw Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., Stuttgart

Katrin Ballandies

LAG Mehrgenerationenhäuser Baden-Württemberg e. V., Ludwigsburg

Christine Becker

Arbeitskreis Kommunen und Wirtschaft für Generationen im Verein Das Demographie Netzwerk e. V. (ddn), Bad König

Janine Bliestle

Institut für angewandte Sozialwissenschaften/Fachberatung Gemeinденetzwerk, Stuttgart

Julia Braune

Gemeindetag Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

Dorothea Brust-Etzel

Sprecherrat der LAG Mehrgenerationenhäuser Baden-Württemberg e. V., Haslach im Kinzigtal

Dr. Alfred Debus

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, Abteilung 7: Digitalisierung, Stuttgart

Jürgen Dorn

Landesjugendring Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

Prof. Susanne Dürr

Architektenkammer Baden-Württemberg, Stuttgart

Birgit Faigle

Landesseniorenrat Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

Richard Haug

Evangelische Senioren in Württemberg (LAGES), Reutlingen

Dietmar J. Herdes

Landkreistag Baden-Württemberg e. V., Dezernat V: Arbeit, Soziales, Teilhabe, Stuttgart

Gudrun Heute-Bluhm

Städtetag Baden-Württemberg, Stuttgart

Florian Jentsch

Baden-Württembergischer Handwerkstag e. V., Stuttgart

Sylvia Kern

Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg e. V./Selbsthilfe Demenz, Stuttgart

Martina Kirsch

Architektenkammer Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Alexandra Klein

Kommunalverband für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg (KVJS), Referat 22: Pflege
und Alter, Stuttgart

Oliver Kreh

Industrie- und Handelskammer (IHK) Region
Stuttgart, Stuttgart

Rüdiger Kucher

Kassenärztliche Vereinigung
Baden-Württemberg (KVBW), Stuttgart

Martina Kußmaul

Städtetag Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

Benjamin Lachat

Städtetag Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

Florian Luithle

Kassenärztliche Vereinigung Baden-
Württemberg (KVBW), Stuttgart

Carmen Mundorff

Architektenkammer Baden-Württemberg,
Stuttgart

Ernst Olbricht

Katholischer Pflegeverband e. V., Amtzell

Konstantin Proske

FaFo – FamilienForschung Baden-Württem-
berg im Statistischen Landesamt Baden-
Württemberg, Stuttgart

Dr. Annika Reifschneider

Baden-Württembergischer Genossenschafts-
verband e. V. (BWGV), Stuttgart

Anja Roth

Baden-Württembergischer Genossenschafts-
verband e. V. (BWGV), Stuttgart

Dr. Christoph Rott

Institut für Gerontologie, Ruprecht-Karls-
Universität Heidelberg, Heidelberg

Dr. Stephanie Saleth

FaFo – FamilienForschung Baden-Württem-
berg im Statistischen Landesamt Baden-
Württemberg, Stuttgart

Johannes Schmalzl

Industrie- und Handelskammer (IHK) Region
Stuttgart, Stuttgart

Bettina Schmauder

Bund der Selbständigen Baden-Württemberg
e. V. (BDS), Stuttgart

Marion Schubert

vbw Verband baden-württembergischer
Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.,
Stuttgart

Dr. Silvan Siefert

Sozialverband VdK Baden-Württemberg e. V.,
Stuttgart

Dr. Witgar Weber

Verband Baden-Württembergischer
Omnibusunternehmer e. V., Böblingen

Frank Winkler

vdek – Landesvertretung Baden-Württemberg, Stuttgart

Beate Zabukovec

Landkreistag Baden-Württemberg e. V.,
Dezernat V: Arbeit, Soziales, Teilhabe,
Stuttgart

Jan Zegel

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und
Migration Baden-Württemberg, Referat 72:
Digitalisierungsstrategie und Cybersicherheit,
Stuttgart

Ingeborg Germann

Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-
Lübke-Stiftung e. V. (KDA), Berlin

Prof. Dr. Andreas Fellgiebel

Zentrum für psychische Gesundheit im Alter
(ZpGA), Mainz

Maxie Lutze

Institut für Innovation und Technik (iit) in der
VDI/VDE-IT, Berlin

Ursula Kremer-Preiß

Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-
Lübke-Stiftung e. V. (KDA), Köln

Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche
Fakultät, Universität zu Köln

**Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in
der Geschäftsstelle des Demografiebeauftragten
des Landes Baden-Württemberg,
Stuttgart:****Thaddäus Kunzmann**

Demografiebeauftragter

Dr. Andreas Buller**Inga Liebe****Birgit Lutz****Birgit Sessler**

Literatur

BIRG, H. Betrachtung über die demographischen Aspekte der Ethik und die ethischen Aspekte der Demographie. In: Hans Thomas. Bevölkerung, Entwicklung, Umwelt. Busse Seewald, Herford 1995 (LINDENTHAL-INSTITUT / Colloquium Köln 1994). S. 257–289.

[DEMOGRAFIEPORTAL DES BUNDES UND DER LÄNDER \(Hrsg.\). Bevölkerungsrückgang bis 2050 in den meisten Bundesländern.](#)

[FAIST, TH. / ULBRICHT, CH. Von Integration zu Teilhabe? Anmerkungen zum Verhältnis von Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung. Bielefeld 2014.](#)

[HAAS, S. Städte-Ranking. Das sind die grünsten Großstädte Baden-Württembergs. Badische Neueste Nachrichten vom 22.07.2019.](#)

[LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG \(Hrsg.\). Bericht und Empfehlungen der Enquete-kommission. „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“, Drucksache 15/7980. Stuttgart 2016.](#)

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.). Landeskunde Baden-Württemberg. September 2018.

SCHLEGEL-VOß, L.-Ch. Alter in der „Volksgemeinschaft“. Zur Lage der älteren Generation im Nationalsozialismus, Berlin 2005.

STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg.). Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 5/2012 und 3/2015.

STIFTUNG DIE GRÜNE STADT (Hrsg.). Charta Zukunft Stadt und Grün.

TARKOWSKI, P. Digitalisierung: Was ist das? Der Versuch einer Definition.

TERRAGON WOHNBAU. Barrierefreies Bauen im Kostenvergleich. Eine Analyse notwendiger Mehrausgaben gegenüber konventionellen Bauweisen. Berlin 2012.

TRAVELBOOK. Das sind die grünsten Städte der Welt. 26.10.2018.

TREMMELE, J. Generationengerechtigkeit – eine Ethik der Zukunft.

VERGIN, J. Wenn Städten die Luft ausgeht. Deutsche Welle vom 03.03.2014.

WIGET, Y. / LUTZ, M. Das sind die dreckigsten Städte der Welt. In: Basler Zeitung vom 25.05.2018.

ZUKUNFTSINSTITUT (Hrsg.). Urbanisierung. Die Stadt von morgen. Interview mit Dr. Martin Knöll, Leiter der Forschungsgruppe „Digitale Stadtspiele“ der TU Darmstadt.

ZUKUNFTSINSTITUT (Hrsg.). 6 Thesen zur Künstlichen Intelligenz.

Bildnachweis

- S. 04 Fotowerk Inh. Michael Heyde, Nürtingen
- S. 06 Nathalie Zimmermann
- S. 08 Fotostudio Smidt, Göttingen
- S. 09 stock.adobe.com/Syda Productions
- S. 10 Karte: istockphoto.com/Orbon Alija
- S. 17 Birgit Sessler, Geschäftsstelle des Demografiebeauftragten
des Landes Baden-Württemberg
- S. 21 stock.adobe.com/lesniewski
- S. 25 stock.adobe.com/picsfive
- S. 26 Werbeagentur Mees + Zacke
- S. 36 stock.adobe.com/didesign
stock.adobe.com/BullRun
stock.adobe.com/NDABCREATIVITY
stock.adobe.com/Kzenon
- S. 42 stock.adobe.com/udra11
- S. 44 Birgit Sessler, Geschäftsstelle des Demografiebeauftragten
des Landes Baden-Württemberg

Über diese Broschüre

Diese Broschüre gibt einen Überblick über die demografische Situation in Baden-Württemberg, die unter dem Einfluss der globalen Entwicklungen (Wirtschaft, Umwelt und Gesundheit) steht. Zentrale Themen der Broschüre sind die Herausforderungen des demografischen Wandels, die uns alle in den kommenden Jahren immer stärker beschäftigen werden.

Die Broschüre beschreibt die Projekte und Ideen, die die Geschäftsstelle des Demografiebeauftragten des Landes Baden-Württemberg entwickelt hat und greift außerdem die allgemeinen demografischen Themen auf.

Die Broschüre richtet sich an alle Leserinnen und Leser, die sich für Probleme und Chancen des demografischen Wandels interessieren.

WIR stellten die Fragen ...

WIR suchen die Antworten ...

Wer sind WIR?

WIR sind die Geschäftsstelle des Demografiebeauftragten des Landes Baden-Württemberg:

Thaddäus Kunzmann, Demografiebeauftragter des Landes Baden-Württemberg,

Dr. Andreas Buller, Inga Liebe, Birgit Lutz, Birgit Sessler

Projektleitung: Thaddäus Kunzmann

Mit der technischen Unterstützung:

Grafik: Bitter Agentur für Kommunikationsdesign GmbH, Heidelberg

Druck: Druckstudio GpZ Überlingen



Demografiebeauftragter Baden-Württemberg

Demografiebeauftragter des Landes Baden-Württemberg
Thaddäus Kunzmann
Else-Josenhans-Straße 6
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 279-3364
E-Mail: info@demografiebeauftragter.bwl.de
Internetseite: www.demografiebeauftragter-bw.de